

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	25
I Kernthesen und Gang der Untersuchung	26
II Grundbegriffe	29
1. Staatsangehörigkeit	29
1.1 Innerstaatlich	30
1.2 Völkerrechtlich	31
1.3 Erwerbstatbestände	33
2. Staatsbürgerschaft	35
3. Internationale Begriffe	37
4. Unionsbürgerschaft	37
Teil 1 Staatsangehörigkeit im 21. Jahrhundert und ihre Auswirkung auf die Rechtsstellung des Einzelnen	39
1. Kapitel Staatenlosigkeit – Eine Einführung	39
I Zahlen und Fakten	40
1. Zahlen des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	40
2. Gründe für zukünftig steigende Zahlen	43
II Staatenlosigkeit de iure	45
1. Begriff	45
2. Beispiel eines Gesetzeskonfliktes	46
III Staatenlosigkeit de facto	47
1. Begriff	47
2. Beispiele von de facto Staatenlosigkeit	50
2.1 Internally Displaced Persons	50
2.2 Personen haitianischen Ursprungs in der Dominikanischen Republik	50
2.2.1 Die Beziehung zwischen Haiti und der Dominikanischen Republik	51
2.2.2 Gesetzlicher Rahmen, (diskriminierende) Auslegung und Verwaltungspraxis	51

2.2.3 Rechtliche Folgen dieser Praxis für die Betroffenen	56
IV Erforderlichkeit einer Gleichstellung von de iure und de facto Staatenlosigkeit	57
1. Kritik am Begriff der de facto Staatenlosigkeit	57
1.1 Technisch unstimmgiger Begriff	57
1.2 Keine klare Subsumtionsmöglichkeit	58
2. Unterschiedlicher Rechtsschutz trotz vergleichbarer Sachlage	60
3. Internationale Abkommen und Praxis indizieren Gleichlauf	61
3.1 Das Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen von 1954	61
3.1.1 Schlussakte des Übereinkommens legt teilweisen Gleichlauf nahe	61
3.1.2 Versehentlicher Gleichlauf von de facto Staatenlosigkeit und Flüchtlingseigenschaft	62
3.2. Das Übereinkommen zur Verminderung von Staatenlosigkeit von 1961	63
4. Nationale Ebenen indizieren Gleichlauf	64
2. Kapitel Ursachen von Staatenlosigkeit	65
I Flucht als übergeordneter Grund für Staatenlosigkeit	65
II Ursachen im Einzelnen	66
1. Gesetzeskonflikte	66
1.1 Kinder staatenloser Eltern	66
1.2 Ius soli vs Ius sanguinis	68
1.3 Kind einer Mutter, die aufgrund nationaler Gesetze ihre Staatsangehörigkeit nicht weitergeben kann – „parental descent only“	69
1.4 Im Ausland geborenes Kind	71
1.5 Findelkinder	72
1.6 Staatenlosigkeit der Frau durch Eheschließung, Scheidung oder Tod des Ehemannes	73
2. Geopolitische Veränderungen	75
2.1 Staatenachfolge	75
2.1.1 Rückblick	76
2.1.2 Reaktion der Staatengemeinschaft	77
2.2 Klimaflucht	80
2.2.1 De facto Staatenlosigkeit durch Klimawandel	80

2.2.2 Das Beispiel Kiribati und der Fall Teitiota	81
3. Diskriminierung – Staatenlosigkeit aufgrund politischer, ethnischer oder religiöser Überzeugungen	83
3.1 Die Rohingya in Myanmar	83
3.2 Aktuelle Situation in Indien	86
3.2.1 Gesetzlicher Hintergrund	87
3.2.2 Rechtliche Folgen	89
3.2.3 Religiöse Diskriminierung	90
3. Kapitel Die Folgen von Staatenlosigkeit	90
I Staatenlos gleich vogelfrei?	93
1. Eingeschränkter territorialer staatlicher Schutz	94
1.1 Ist Auslandsschutz zugunsten Staatenloser möglich?	96
1.2 Art. 8 der Draft Articles on Diplomatic Protection	99
1.3 Verletzung menschenrechtlicher Fundamentalnormen, Normen des ius cogens, Völkergewohnheitsrecht und erga omnes Pflichten	100
1.4 Fazit	104
2. Fehlende Bewegungsfreiheit	104
2.1 Das Recht auf Einreise in den und Aufenthalt im Heimatstaat	106
2.2 Das Recht, innerhalb eines Staates zu Reisen	109
2.3 Das Recht, seinen Heimatstaat oder einen anderen Staat zu verlassen	110
2.4 Das Recht auf Einreise in einen anderen als seinen Heimatstaat	112
2.5 Ungerechtfertigte Inhaftierungen	113
3. Soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte	114
3.1 Rechtlich vorgesehene Einschränkungen	114
3.2 Fehlende Ausweisdokumente als Ausschlussfaktor	116
3.3 Fehlender Zugang zum Gesundheitssystem	116
4. Verwehren elementarer Menschenrechte aufgrund religiöser oder ethnischer Verfolgung	118
5. Politische Rechte	118
5.1 Das Recht auf politische Partizipation und das Staatsangehörigkeitserfordernis	119
5.2 Möglichkeit des Fremdenwahlrechts	124
5.3 Quasi-politische Rechte für Nichtstaatsangehörige	126
5.4 Konsequenzen für Staatenlose	127

II Relativierung für moderne Demokratien des 21. Jahrhunderts erforderlich?	129
1. Grundsatz und Einschränkungen	129
2. Beispiele	130
3. Fazit	133
III Staatenlosigkeit als Gefahr für die Demokratie?	134
1. Wahlrecht als Kernelement demokratischer Staaten	135
2. Politische Partizipation durch quasi-politische Rechte	136
4. Kapitel Fazit zu Teil 1: Erforderlichkeit einer Staatsangehörigkeit im 21. Jahrhundert?	136
Teil 2 (Das Recht auf) Staatsangehörigkeit im Normengepräge des Völkerrechts – eine Einordnung	139
5. Kapitel Art. 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 als Ausgangspunkt	140
I (Teilweiser) Völkergewohnheitsrechtlicher Charakter der Menschenrechtserklärung	140
II Adressatenbestimmte Rechte aus Art. 15 AEMR	142
1. Verbot des willkürlichen Entzugs der Staatsangehörigkeit	143
1.1 Begriff des Entzugs	143
1.2 Begriff der Willkür	145
1.3 Zusammenhang zwischen Staatenlosigkeit und Diskriminierung	146
1.3.1 Entscheidung des Inter-Amerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte – <i>Ivcher Bronstein v. Peru</i>	147
1.3.2 Entscheidung der Afrikanischen Kommission der Menschenrechte und der Rechte der Völker – <i>Modise v Botswana</i>	148
1.3.3 Entscheidung des Afrikanischen Expertenkomitees für die Rechte und das Wohlergehen des Kindes– <i>Nubian Children v. Kenya</i>	150
1.3.4 Fazit	154
1.4 Möglichkeit des Entzugs trotz Eintritt der Staatenlosigkeit	154
1.4.1 Arglistiges Erschleichen der Staatsangehörigkeit	154

1.4.2 Widerstreitende staatliche Interessen	156
1.4.3 Aktive Beteiligung an terroristischen Kampfhandlungen	156
1.4.3.1 Frankreich	157
1.4.3.2 Kanada	158
1.4.3.3 Österreich	158
1.4.3.4 Dänemark	159
1.4.3.5 Deutschland	159
1.4.3.6 Großbritannien	160
1.4.3.7 Fazit	164
1.5 Fazit: Verbot des willkürlichen Entzugs als „fundamental human right“	165
2. Recht auf Wechsel der Staatsangehörigkeit	166
2.1. Kein uneingeschränktes Recht auf Wechsel der Staatsangehörigkeit	166
2.2 Verbot des willkürlichen Nicht-Entlassens aus der bisherigen Staatsangehörigkeit	168
2.3 Recht auf Ablehnung einer Einbürgerung	168
III Auswirkungen auf das Institut der Staatsangehörigkeit	169
6. Kapitel Staatsangehörigkeit als Menschenrecht	170
I Partielle Völkerrechtssubjektivität des Einzelnen	171
II Wann ist ein Recht ein Menschenrecht? – Der Versuch einer Qualifikation	174
1. Typische Merkmale, Abgrenzung zu nationalen Verfassungsrechten und Intention	175
1.1 Das moderne Menschenwürdekonzept – von Freiheit und Vernunft	177
1.2 Der universelle Geltungsanspruch	180
1.2.1 Von kulturellen und religiösen Besonderheiten	180
1.2.2 Vom Erfordernis des nationalen Verfassungsstaates und des territorialen Aspekts	182
1.3 Wann ist ein menschliches Interesse „elementar“, „fundamental“ oder „grundlegend“?	184
2. Menschenrechte und einfache subjektive Rechte	186
3. Abschließendes Fazit und Ablehnung formeller Ansätze	188

III Ist das Recht auf Staatsangehörigkeit ein Menschenrecht? – Eine Subsumtion	192
1. Staatsangehörigkeit als Mediator in einer staatenzentrierten Welt?	192
2. Bisherige Staatsangehörigkeitskonzepte	194
3. Neue Entwicklung: Staatsangehörigkeit als eigenständiges Recht	195
4. Subsumtion	197
4.1 Subsumtion unter formelle Ansätze	197
4.1.1 Das Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit von 1961	198
4.1.2 Das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. November 1997	198
4.1.3 Amerikanische Menschenrechtskonvention	199
4.1.4 Das Recht eines Kindes auf Staatsangehörigkeit	199
4.1.5 Zwischenergebnis	200
4.2 Subsumtion unter praktische Ansätze	201
4.2.1 Organisationen, Einrichtungen und gerichtsähnliche Institutionen	201
4.2.2 Rechtsprechung	203
4.2.3 Zwischenergebnis	205
4.3 Subsumtion unter das Menschenwürdekonzept	205
4.3.1 Subsumtion unter die Kernelemente des Menschenwürdekonzepts	206
4.3.1.1 Gleichheit	206
4.3.1.2 Freiheit	207
4.3.2 Politische Teilhabemöglichkeit als Ausdruck menschlicher Freiheit	207
4.3.2.1 Politische Teilhabe als Menschenrecht	208
4.3.2.2 Staatsangehörigkeit als Schlüssel zu politischer Teilhabe und die Frage nach einer Abkopplung staatsbürgerlicher Rechte von der Staatsangehörigkeit	209
4.3.3 Staatsangehörigkeit als Teil der persönlichen Identität	213
4.4 Fazit	214
4.4.1 Staatsangehörigkeit als Voraussetzung zur Wahrnehmung anderer Rechte	215

4.4.2 Staatsangehörigkeit als eigenes Recht	216
5. Staatsangehörigkeit als normakzessorisches Menschenrecht – oder auch: Die Frage nach dem Adressaten	217
5.1 Behalten einer Staatsangehörigkeit respektive das Verbot des willkürlichen Entzugs der Staatsangehörigkeit	218
5.2 Wechsel der Staatsangehörigkeit	218
5.2.1 Pflicht zum Entlassen aus der Staatsangehörigkeit	218
5.2.2 Verbot von Zwangseinbürgerungen	219
5.2.3 Staatensukzession	220
5.3 Erwerb einer Staatsangehörigkeit	221
5.3.1 Erwerb mit Geburt auf dem Territorium	222
5.3.2 Nachträglicher Erwerb bei Geburt innerhalb des Territoriums	223
5.3.3 Erwerb bei Geburt außerhalb des Territoriums	224
5.3.4 Sonderfall Findelkinder	225
5.3.5 Sonderfall Staatensukzession	226
5.3.6 Fazit	227
7. Kapitel Abschießendes Fazit zu Teil 2 und Konsequenzen	229
Teil 3 Das Recht auf Staatsangehörigkeit im Spannungsverhältnis zur staatlichen Souveränität – Entwicklungslinien und Erkenntnisse	233
8. Kapitel Begriffliche und zeitliche Ausgangspunkte der Analyse	233
I Staatliche Souveränität	235
II Das Urteil des StIGH als Türöffner für Veränderung	237
9. Kapitel Entwicklungen auf dem amerikanischen Kontinent – die Besonderheit des Art. 20 AMRK	239
I Die „ <i>Advisory Opinion on Proposed Amendments to the Naturalization Provisions of the Constitution of Costa Rica</i> “ des IAGMR, 1984	240
1. Fragestellung	240
2. Änderungsvorschläge zu Art. 14 und 15 der Verfassung von Costa Rica	241
3. Einschätzung des Gerichts	242
4. Zum Stellenwert des Rechts auf Staatsangehörigkeit im Generellen	245

5. Fazit	247
II <i>Case of the Yean and Bosico Children v. The Dominican Republic</i> des IAGMR, 2005	247
1. Hintergrund und Sachverhalt	248
2. Bedeutung der gerichtlichen Entscheidung	250
2.1 Das Recht auf Staatsangehörigkeit nach Art. 20 AMRK	250
2.2 Verletzung des Rechts aus Art. 3 (Right to juridical personality) AMRK	253
3. Gewicht der Entscheidung und abweichende Meinung des Richters A.A. Cançado Trindade	253
3.1 Gewicht der Entscheidung	254
3.2 Ergänzende Meinung des Richters A.A. Cançado Trindade	256
3.2.1 Einfluss des internationalen Rechts seit 1923	256
3.2.2 Erwerb der Staatsangehörigkeit als Bestandteil des ordre public	257
3.2.3 Das Übereinkommen von 1961 als Ausdruck eines allgemeinen Grundsatzes des internationalen Rechts	258
III <i>Case of Expelled Dominicans and Haitians v. Dominican Republic</i> des IAGMR, 2014	259
1. Entscheidung des Gerichts bzgl. Art. 20 AMRK	261
2. Auswirkungen der Entscheidung	262
2.1 Effektives Recht auf Staatsangehörigkeit	262
2.2 Bestärkung der bisherigen Rechtsprechungslinie	263
2.3 Besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern und staatliche Pflicht zur Vermeidung von Staatenlosigkeit	264
2.4 Staatsangehörigkeit als Schlüssel zu weiteren Rechten und ihre Verknüpfung mit der Menschenwürde	265
IV <i>Emildo Bueno Oguis v. The Dominican Republic</i> , IACHR, 2010	266
1. Sachverhalt, Vorbringen der Beschwerdeführer und Verfahrensstand	266
2. Mögliche Auswirkungen	269
V Fazit Amerika	269

10. Kapitel Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent	270
I Die Entscheidung <i>Children of Nubian Descent in Kenya v. Kenya</i> des Afrikanischen Komitees für die Rechte und das Wohlergehen des Kindes aus dem Jahr 2011	272
1. Hintergründe: Die diskriminierende Verwaltungspraxis der kenianischen Regierung	273
2. Entscheidung und Auswirkungen der Entscheidung	274
2.1 Verstoß gegen Art. 6 („Recht auf einen Namen und eine Staatsangehörigkeit“) der Afrikanischen Charta der Rechte und des Wohlergehens des Kindes	274
2.2 Verstoß gegen Art. 3 („Diskriminierungsverbot“) der Afrikanischen Charta der Rechte und des Wohlergehens des Kindes	277
2.3 Folgeverstöße	278
3. Auswirkungen	279
II Resolution 234 der Afrikanischen Kommission der Menschenrechte und der Rechte der Völker aus dem Jahr 2013	281
1. Inhalt	281
2. Auswirkungen	282
III Die Entscheidung <i>Nubian Community of Kenya v. Kenya</i> der Afrikanischen Kommission der Menschenrechte und der Rechte der Völker aus dem Jahr 2015	283
1. Entscheidung der Kommission	284
1.1 Verletzung von Art. 2 und 3 der Afrikanischen Menschenrechtscharta (Gleichbehandlungsgrundsatz und Diskriminierungsverbot)	284
1.2 Verletzung von Art. 5 der Afrikanischen Menschenrechtscharta (Recht auf Anerkennung der eigenen Rechtsstellung)	285
1.3 Folgeverstöße	287
2. Auswirkungen der Entscheidung	287
IV Der Fall <i>Anoudo Ochieng Anudo v. United Republic of Tanzania</i> des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte	289
1. Sachverhalt und Entscheidung des Gerichts	290
2. Wesentliche Aussagen des Gerichts und Besonderheiten der Entscheidung	292
2.1 Feststellung und Vermeidung von Staatenlosigkeit	292

2.2 Bezugnahme auf die AEMR und Grenzen staatlicher Regelungsbefugnis	293
2.3 Beweislastumkehr	294
2.4 Konsequenzen des willkürlichen Entzugs	295
2.5 Anspruch auf rechtliches Gehör	296
V Fazit Afrika	297
11. Kapitel Entwicklungen in Europa	299
I Aktuelle Rechtsprechung des EuGH in staatsangehörigkeitsrechtlichen Sachverhalten	299
1. Schutz unionsrechtlicher Rechtspositionen	302
2. Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit	304
II Die EMRK und die Rechtsprechung des EGMR	308
1. <i>Genovese v. Malta</i> , Urteil des EGMR vom 11. Oktober 2011	309
1.1 Sachverhalt und Bestimmungen des maltesischen Staatsangehörigkeitsrechts	310
1.2 Entscheidung des EGMR	311
1.3 Bedeutung der Entscheidung	313
2. <i>Kuric and others v. Slovenia</i> – Urteil des EGMR vom 26. Juni 2012	313
2.1 Hintergrund zur Staatsangehörigkeit in der SFRY und ihren Republiken	314
2.2 Situation der Beschwerdeführer	316
3. Weitere Rechtsprechung des EGMR zu staatsangehörigkeitsrechtlichen Fragen mit Verweis auf Art. 8 EMRK, auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der Pflicht zur Vermeidung von Staatenlosigkeit	321
III Das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. November 1997	322
IV Fazit Europa	324
12. Kapitel UN-Ebene	325
I UNHCR-Kampagne #IBelong	326
II Globaler Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration vom 19. Dezember 2018	327
1. Vermeidung neuer Fälle von Staatenlosigkeit	327
2. Wirkung nach außen	330

III Die Mitteilung des HRC im Fall <i>Denny Zhao v. The Netherlands</i>	331
1. Sachverhalt und Entscheidung	332
2. Auswirkungen der Mitteilung	333
IV Fazit	335
13. Kapitel Fazit zu Teil 3: Das Recht auf Staatsangehörigkeit des Einzelnen setzt der staatlichen Souveränität Grenzen	335
Schlussbetrachtung und Ausblick	339
Entscheidungsregister	345
Literaturverzeichnis	351